



Resolution „Für mehr Demokratie“ Stimm- und Wahlrechtsalter für alle ab 16

Die Sozialdemokratische Partei Appenzell Innerrhoden (SP AI) erklärt die Ausweitung des Stimm- und Wahlrechtes für Bewohnerinnen ab 16 Jahren unabhängig ihrer Staatszugehörigkeit auf kantonaler und kommunaler Ebene zu einem politischen Schwerpunkt. Sie erarbeitet dazu im kommenden Jahr konkrete Schritte.

Damit setzt die SP AI eine politische Forderung ihres Parteiprogramms¹ und ihrer Resolution vom April 2014 nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative² um. Sie geht von einer offenen Gesellschaft aus, die gemeinsam den politischen Alltag gestaltet. Dazu gehört die Einbindung aller in demokratische Gestaltungsprozesse.

Stimm- und Wahlrechtalter 16

Die *International Association for the Evaluation of Educational Achievement (IEA)* hat in einer internationalen Befragung von 16- bis 18-jährigen folgende zentrale Ergebnisse herausgearbeitet³: „Die Resultate der 16- bis 18-jährigen fielen positiver aus als diejenigen der jüngeren Jugendlichen. Beispielsweise ist ihr Wissen über demokratische Institutionen und Prozesse, ihr Verständnis nationaler Identität und ihre Sicht sozialer Bindungen und Verschiedenheiten besser ausgebildet – und ihr Interesse an der Politik ist grösser.

Sie [die Population von 16- bis 18-jährigen] setzt höhere Erwartungen in die Regierungen als die jüngere Population. Dies könnte ebenso in Zusammenhang mit ihrer eigenen Lebenssituation als junge Erwachsene stehen wie mit einer besseren Fähigkeit, soziale Perspektiven wahrzunehmen. Auch stuft sie das Einhalten von Gesetzen und die Beteiligung an Abstimmungen als wichtige Bestandteile einer guten Staatsbürgerschaft ein.

Wie die 14- und 15-jährigen haben auch die 16- bis 18-jährigen klare Vorstellungen, welche Faktoren für Demokratien förderlich sind oder sie bedrohen, in ihrer Einschätzung sind sie aber differenzierter. Dies kann gleichermassen auf ein vertieftes konzeptuelles Verständnis von Demokratie und auf bessere analytische Fähigkeiten weisen.

Stärker als die jüngeren Jugendlichen äussern die älteren künftige Wahlabsichten. Dies könnte mit eigenen schulischen Wahlmöglichkeiten oder auch mit einer verstärkten Achtsamkeit gegenüber der eigenen gesellschaftlichen Verantwortung in Verbindung stehen. Zwischen Wahlabsicht und tatsächlichem Wählen besteht aber in vielen Staaten ein Missverhältnis.“

Die Generation der 16- bis 25-jährigen WählerInnen muss aus Sicht der SP AI Vertrauen in die Politik bekommen. Das politische Establishment in der Schweiz ist von älteren Damen und Herren dominiert. Junge Menschen möchten ihre Zukunft mitgestalten und etwas bewirken. Ihre Stimme ist wichtig und wertvoll. Das Stimm- und Wahlrecht ab 16 Jahren ist für junge Leute eine Möglichkeit, politische Verantwortung zu übernehmen.



Die Politik soll sich nicht damit zufrieden geben, eine angeblich auch für junge Menschen attraktive Politik zu machen, sondern muss aktiv und mit den Jungen zusammenarbeiten. Die Herabsetzung des aktiven und passiven Wahlrechts auf 16 Jahre zieht natürlich neben der Politik auch die Gesellschaft und die Schulen in die Verantwortung: der politische Diskurs muss geübt werden, politische Bildung gehört zum Einmaleins des Heranwachsenden. So kann nicht nur ein bisher vernachlässigter Teil der Bevölkerung in das politische Leben integriert, sondern ebenfalls die politische Auseinandersetzung auf ein neues Level geholt und wiederbelebt werden. Kann dieses ganzheitliche Modell umgesetzt werden, sind nach Meinung der SP AI auch die Befürchtungen einer allzu polaren Beeinflussung der Jugendlichen entkräftet.

Stimm- und Wahlrecht für MigrantInnen

Migrantinnen und Migranten sind ein bedeutender Teil der arbeitenden Bevölkerung in häufig wenig privilegierten Berufen. Sie tragen damit zu einer prosperierenden Schweiz bei. Den meisten ist jedoch die politische Mitbestimmung in unserem Land vorenthalten. Einerseits gehen deswegen Ressourcen für demokratische Prozesse verloren. Andererseits hat der Ausschluss bestimmter Bevölkerungsgruppen von demokratischen Entscheidungsinstrumenten Einfluss auf deren Interesse zur Mitgestaltung im gesellschaftlichen Leben. So werden MigrantInnen zu Mitmenschen zweiter Klasse degradiert. MigrantInnen nehmen aktiver am gesellschaftspolitischen Leben teil, wenn sie über deren Angelegenheiten abstimmen dürfen. Ausserdem soll, wer hier wohnt und Steuern bezahlt, auch politisch mitbestimmen.

Das Institut für Sozialanthropologie der Universität Bern hat im Auftrag der Eidgenössischen Kommission für Migrationsfragen (EKM) eine Studie erstellt unter dem Titel *Partizipation von MigrantInnen in Gemeinden*⁴. Im Abschnitt 3.2. *Politische Partizipation* werden die politischen Rechte im engeren und im weiteren Sinne thematisiert. Den Ausländerinnen und Ausländern in der Schweiz stehen lediglich die politischen Rechte im weiteren Sinne zur Verfügung. Darunter fallen die politischen Freiheitsrechte wie Vereins- und Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit, Meinungsäusserungsfreiheit und Petitionsfreiheit. Die Studie macht im selben Abschnitt folgende Aussage: „Will jedoch die Integrationspolitik die komplexe Realität in Betracht ziehen, braucht es [...] ‚eine Auffassung der Integration, die auf das Konzept des Bürgerrechts aufbaut.‘ Denn wenn Integration ‚gleichberechtigte Beteiligung in allen Bereichen des Zusammenlebens [...] heisst‘, so dürfe gerade die politische Dimension nicht vernachlässigt werden. Dies auch deshalb, weil die politische Partizipation im schweizerischen Selbstverständnis einen hohen Stellenwert einnimmt. In der Schweiz gewähren erst wenige Kantone der ausländischen Wohnbevölkerung das kommunale und noch weniger das kantonale Stimm- und Wahlrecht. Bauböck [...] verweist auf die besondere Bedeutung des kommunalen Stimm- und Wahlrecht für die Integration der ausländischen Bevölkerung. So werden Fragen der Gesundheits-, Wohnungs-, Schul-, Sozial- und Kulturpolitik, welche für die soziale und kulturelle Integration von Bedeutung sind, hauptsächlich auf Gemeindeebene ausgehandelt. MigrantInnen identifizieren sich zudem rascher und stärker mit ihrer Wohngemeinde als mit dem Aufnahmestaat. Denn eine neu gebildete lokale Identität stehe nicht im Konflikt mit der nationalen Herkunftsidentität [...].“⁵



Bereits heute verfügen in einzelnen Kantonen ausländische BürgerInnen unter bestimmten Voraussetzungen über das Stimmrecht auf Kantons- oder auf Gemeindeebene⁵. Die SP AI setzt sich mit der Resolution dafür ein, dass Migrantinnen und Migranten dieses demokratische Recht auch in Appenzell Innerrhoden zusteht.

¹Pkt. 4.3 Für mehr politische Vielfalt und Teilhabe: Eine breite politische Vielfalt ist ein wichtiger Bestandteil unserer Demokratie. Bei politischen Ämtern bekämpfen wir Machtkonzentrationen wie Doppelmandate oder lange Amtsdauern. Zudem fordern wir das Stimm- und Wahlrecht für alle Bewohnerinnen ab 16 Jahren unabhängig ihrer Staatszugehörigkeit und setzen uns für ein Innerrhoder Jugendparlament ein.

²Pkt 3.2. Die SP AI unternimmt darauf aufbauend Schritte, um MigrantInnen in Innerrhoden an ihrer politischen Arbeit mitzubeteiligen.

³<http://www.politischebildung.ch/schweiz-international/international/iea-studien-international/?details=1&cHash=c30579d6a20ee8b98e9f708375b5a677>

⁴Partizipation von MigrantInnen in Gemeinden. Eine Studie über Beteiligungsmöglichkeiten in behördlichen und zivilgesellschaftlichen Institutionen unter besonderer Berücksichtigung von Integrationskommissionen. Emch-Fassnacht, Lena, Arn, Brigitte (Autorinnen), Prof. Dr. Wicker, Hans-Rudolf (Projektverantwortlicher), Januar 2008, S. 14. http://www.ekm.admin.ch/content/dam/data/ekm/themen/studie_partizipation.pdf

⁵<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/07/blank/ind43.indicator.43056.430119.html>

23. August 2014